

ESF JAHRESKONFERENZ RHEINLAND-PFALZ

**"Strategie Europa 2020 – Chancen und
Herausforderungen für den ESF"**

25. November 2011

Mainz

[Es gilt das gesprochene Wort]

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich sehr, heute hier bei Ihnen in Mainz zu sein und an der ESF-Jahresveranstaltung teilzunehmen.

Die Europäische Union hat im Juni 2010 mit der Europa 2020 Strategie eine umfassende Wachstumsstrategie angenommen, um intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum für die nächsten 10 Jahre zu erreichen. Der Vorschlag der Kommission für den Finanzrahmen für die Jahre 2014-2020, der Ende Juni dieses Jahres veröffentlicht wurde, ist die finanzielle Unterstützung dieser Strategie durch den EU Haushalt. Mit 376 Milliarden EURO für 7 Jahre – so der Vorschlag - bleiben die Mittel für eine Politik des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts ein wichtiger Bestandteil des europäischen Haushalts.

Diese finanzielle Unterstützung berücksichtigt die schwierige Situation mit der sich die EU und ihre Mitgliedstaaten konfrontiert sehen.

So suchen beispielhaft 23 Millionen Menschen in der Europäischen Union eine Arbeit und geschätzte 113 Millionen Menschen sind von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Diese Situation verlangt entschlossenes Handeln. Wir müssen

mehr Geld für Bildung, Wachstum und zukünftige Arbeitsplätze ausgeben und dafür in anderen Bereichen sparen.

Um dies zu erreichen, soll entsprechend des Vorschlages der Kommission, ein großer Teil des zukünftigen Haushaltes in Bereiche kanalisiert werden, die klar auf die Europa 2020 Strategie ausgerichtet sind.

Unser Vorschlag für den Haushalt 2014 – 2020 zielt auf eine Erhöhung des ESF Budgets um mindestens 7,5 Prozent, was etwa 84 Milliarden EURO oder 25% der Kohäsionspolitik über die 7 Jahre entspricht.

Erwähnen möchte ich, dass bei den Verhandlungen zum Budgetentwurf die Ergebnisse von 20 – 25 Jahren Kohäsionspolitik kritisch hinterfragt wurden. Diese berechtigte Debatte ist auch der Grund für zahlreiche Regelungen in den Verordnungsentwürfen der Strukturfonds für die Periode 2014 - 2020, die am 6. Oktober dieses Jahres veröffentlicht wurden, z.B. zum Europäischen Mehrwert, zur Quantifizierung von Zielen und zu Resultaten.

Darüber hinaus waren die letzten Monate vor der Veröffentlichung der Kommissionsvorschläge geprägt von dramatischen finanzpolitischen Entwicklungen in mehreren Mitgliedstaaten.

Schlussendlich wurde deutlich, dass wir in einer anderen Realität leben als noch vor wenigen Jahren und dass wir eine sehr viel engere Verknüpfung zwischen der Nutzung der Mittel und den makroökonomischen Rahmenbedingungen in den Mitgliedstaaten herstellen müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Einige haben die Idee eines Mindestprozentsatzes für den ESF kritisiert. Deren Hauptargument war, dass die Mitgliedstaaten und Regionen in der Wahl der Investitionen entsprechend der spezifischen Erfordernisse beschränkt wären.

Wir sprechen aber über einen Mindestprozentsatz und nicht über eine festgelegte Summe. Es ist ein Mindestprozentsatz, der den Notwendigkeiten der jeweiligen Region und ihrem Entwicklungsstand Rechnung trägt.

Und selbstverständlich können die Mitgliedstaaten und Regionen im Rahmen ihrer spezifischen Anforderungen mehr Geld für den ESF vorsehen, aber eben nicht weniger.

Es ist schwierig zu verstehen, warum Mitgliedstaaten oder Regionen nicht daran interessiert sind einen Mindestprozentsatz direkt in die Humanressourcen zu investieren, wo doch europaweit die Arbeitslosigkeit so hoch ist

und das Risiko von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen zu sein, ebenfalls gestiegen ist.

Deshalb ist es umso wichtiger direkt in die Menschen zu investieren.

Das bedeutet, dass wir in die Bildung investieren und die Fähigkeiten und Fertigkeiten junger Menschen verbessern müssen.

Wir müssen die Arbeitsmöglichkeiten unserer Beschäftigten erhöhen.

Wir müssen denen, die durch die Krise ihren Arbeitsplatz verloren haben eine neue Chance geben.

Und wir müssen auch die in den Arbeitsmarkt zurückholen, die am Rand der Gesellschaft stehen.

Was kann der Europäische Sozialfonds dazu beitragen?

Bereits heute ist der ESF sozusagen die **Speerspitze des sozialen Europas**. Durch ihn unterstützt die Union ihre Bürger direkt und persönlich. Der ESF leistet einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der **Solidarität** in Europa, einschließlich für die am stärksten benachteiligten Gruppen.

Es ist unabdingbar, dass die EU Fonds in einem integrierten Ansatz zur Anwendung kommen, um die Ziele der Europa 2020 Strategie so effektiv wie möglich zu unterstützen. Um dies zu

erreichen, will die Kommission die strategische und integrierte Planung und Begleitung der Fonds also auch des ESF vereinfachen. Ein gemeinsamer strategischer Rahmen wird die Investitionsprioritäten identifizieren und deren Ausrichtung auf die EU 2020 Strategie sicherstellen.

Für den ESF heißt das konkret: Wie kann er dazu beitragen, dass

- **die Beschäftigungsquote** der 20 bis 64 jährigen auf 75% gesteigert wird;
- die **Schulabbrecherquote** auf unter 10% gesenkt wird und 40% der jungen Menschen in die Lage versetzt werden, eine **Hochschulausbildung** zu absolvieren,
- und dass 20 Millionen Menschen weniger als bisher von **Armut bedroht** sind.

Es geht letztendlich darum, die **Humanressourcen in Europa zu stärken und zu fördern**. Alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sollen einen besseren Zugang zu Arbeitsmärkten, zu Bildung und zum Erwerb neuer Kompetenzen haben. Und es wird darum gehen, die Menschen in die Lage zu versetzen, besser auf die Anforderungen der Arbeitswelt zu reagieren.

Die Kommission ist sich bewusst, dass die Ziele der Europa 2020 Strategie nur erreicht werden können, wenn es eine erfolgreiche Partnerschaft zwischen den Akteuren auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene gibt, denn dieser Ansatz ist der Schlüssel für eine effektive Programmplanung und Umsetzung.

Partnerschaftsverträge werden zukünftig die Grundlage der Koordination der verschiedenen EU Unterstützungsinstrumente in den Mitgliedstaaten bilden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie bereits von mir ausgeführt, befindet sich Europa gegenwärtig in einer schwierigen Situation. Auf allen Ebenen spüren wir einen beispiellosen Druck auf die öffentlichen Haushalte. Dies hat auch Auswirkungen auf den Europäischen Sozialfond. Die Steuerzahler wollen einen **klaren Nutzen, einen Mehrwert** erkennen. Und für den ESF bedeutet das:

- die erfolgreiche Eingliederung in den Arbeitsmarkt,
- die Verringerung der Schulabrecher-Quoten,
- und eine bessere soziale Integration nachzuweisen.

Das heißt schlussendlich, dass wir alle zusammen unsere Anstrengungen bei der Umsetzung des ESF verstärken müssen, um ein noch **besseres Kosten/Nutzen Verhältnis** zu erreichen.

Wie ist das zu schaffen?

Die Kommission schlägt vor:

- mehr Mittel auf eine begrenzte Anzahl von Prioritäten zu konzentrieren,
- den Fokus auf die am stärksten von Ausgrenzung gefährdeten Gruppen und Menschen zu legen,
- eine bessere Koordinierung der verschiedenen Finanzierungsinstrumente der EU zu bewerkstelligen,
- sowie mehr Ergebnisorientierung und einfachere Verfahren für die Begünstigten zu erreichen.

Lassen sie mich diese 4 Punkte näher erläutern.

Erstens: Konzentration

Konzentration auf Prioritäten soll durch die Vereinbarung, mittels der bereits von mir erwähnten Partnerschaftsverträge, mit den einzelnen Mitgliedstaaten erreicht werden. In diesen Verträgen soll eine klare und kohärente Investitionsstrategie dargelegt werden und die Finanzierung auf eine begrenzte Anzahl von Politikbereichen gebündelt werden. Der

Partnerschaftsvertrag soll in vollem Einklang mit dem Nationalen Reformprogramm des betreffenden Mitgliedstaats sein. Konkret soll er den Entwicklungsbedarf des Landes in Bezug auf die nationalen Ziele identifizieren, die sich jeder Mitgliedstaat in seinem nationalen Reformprogramm für die fünf Europa 2020 Kernziele gesetzt hat. Und er muss auf die Empfehlungen des Rates nach Artikel 121 (2) und 148 (4) des EU-Vertrags ausgerichtet sein, damit notwendige Strukturreformen auch tatsächlich umgesetzt werden können.

Auf der Ebene der operationellen Programme müssten die Regionen demnach 60%, 70% oder 80% der ESF Mittel in jedem operationellen Programm auf bis zu vier Investitionsprioritäten konzentrieren. Diese sind: Soziale Eingliederung, Bildung (berufliche Bildung, lebenslanges Lernen), aktive Arbeitsmarktpolitik und Kapazitätsbildung dies vor allem in den ärmeren Regionen und Mitgliedsstaaten.

Jeweils 20%, 30% und 40% des Fonds können auf andere Prioritäten ohne weitere Einschränkung vergeben werden.

Die Konzentration auf die Europa 2020 Ziele durch thematische Konzentration bedeutet somit nicht, dass den Mitgliedstaaten die nötige Flexibilität bei der Gestaltung und Umsetzung ihrer Programme in Partnerschaft mit regionalen und lokalen Behörden, die Sozialpartner und die der Zivilgesellschaft genommen wird.

Zweitens: Fokussierung

Die Kommission hat ebenso vorgeschlagen, die soziale Dimension des ESF zu stärken, indem 20% des ESF-Anteils auf nationaler Ebene speziell für die soziale Eingliederung zur Verfügung gestellt wird. Europa kann es sich nicht leisten, eine große Zahl von Menschen dauerhaft auszugrenzen. Die EU hat, wie bereits angesprochen, das ehrgeizige Ziel, dass bis zum Jahr 2020 europaweit mindestens 20 Millionen Menschen weniger von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen sind. Um dies zu erreichen, müssen die Mitgliedstaaten ihre Investitionen in die am meisten gefährdeten Gruppen der Gesellschaft verstärken. Die Glaubwürdigkeit der politischen Verpflichtungen auf EU-Ebene hängt zu einem großen Teil von solch einer Finanzierung ab.

Eine stärkere soziale Dimension kann auch die Förderung der sozialen Innovation erreicht werden, die den Mitgliedstaaten hilft, die Sozial- und Beschäftigungspolitik effizienter zu gestalten. Die ESF-Verordnung bietet keine rechtlich verbindliche Definition von sozialer Innovation, um zu vermeiden, dass unnötige Einschränkungen für die Mitgliedstaaten entstehen. Soziale Innovation kann in jedem Politikbereich des ESF zur Anwendung kommen. Deshalb wird die Kommission eine aktivere Rolle in der Unterstützung der

Mitgliedstaaten bei der Förderung der sozialen Innovation spielen, insbesondere durch den Aufbau von Netzwerken, gegenseitigem Lernen, und der Verbreitung bewährter Praktiken und Methoden.

Drittens: Eine bessere Koordinierung der verschiedenen europäischen Instrumente

Ein häufiger Kritikpunkt war, dass der ESF und der EFRE zu sehr isoliert voneinander intervenieren. Mit den nun vorgeschlagenen gemeinsamen Regeln, mit den gemeinsamen Rahmendokumenten, aber auch mit einzelnen Vorschriften in der Verordnung werden Möglichkeiten zu einer besseren Zusammenarbeit der Fonds, nicht nur ESF und EFRE, sondern auch mit dem Landwirtschaftsfonds eröffnet. Dies soll dazu dienen, die Fonds sehr viel besser gleichzeitig zum Einsatz zu bringen, zum Beispiel im Bereich der lokalen Entwicklung.

Ziel ist es, den Mitgliedstaaten die Möglichkeit eines integrierten Ansatzes zu erleichtern, dort wo es notwendig ist, um auf komplexe regionale und lokale Herausforderungen zu reagieren, und in denen die Begünstigten die Kommunen sind. Die Einbeziehung der lokalen Bevölkerung gewährleistet eine gemeinsame Verpflichtung zum Handeln, ohne die Kapazität der Begünstigten vor Ort zu sehr zu strapazieren.

Die Mitgliedstaaten können in Zukunft auch von der Option Gebrauch machen, den ESF, den EFRE und den Kohäsionsfonds in sogenannten "Multi-Fonds-Programmen" zu kombinieren, wenn sie dies zur Erreichung ihrer Ziele als nützlich erachten. Es wird auch möglich sein, Operationen von verschiedenen Fonds zu finanzieren, um mehr Effektivität zu gewährleisten.

Viertens: Ergebnisorientierung und Verfahrensvereinfachung

Um den Fokus auf die Ergebnisse und das Erreichen der Europa 2020 Ziele zu stärken, werden 5% der Kohäsionsmittel für eine Leistungsreserve beiseite gelegt, die nach einer Halbzeitbilanz an die Mitgliedstaaten und Regionen, deren Programme die Meilensteine erreichen, verteilt wird.

Der Kommissionsvorschlag räumt den Mitgliedstaaten zudem eine neue Möglichkeit ein, Teile von Programmen mit einem Ergebnis orientiertem Instrument namens "Gemeinsamer Aktionsplan" zu implementieren. Der Plan wird ausschließlich auf der Grundlage der Ergebnisse, die erreicht werden, finanziert. In der Praxis wird es möglich, Zahlungen an Ergebnisse zu knüpfen und nicht an die zugrunde liegenden

Ausgaben. Diese innovative Möglichkeit bietet damit ein vereinfachtes Verwaltungs- und Kontrollsystem.

Einfachere Verfahren

Die Vorschriften für die Strukturfonds weniger komplex zu machen ist entscheidend, wenn wir dazu beitragen wollen, Projekte und Programme schneller und effektiver umzusetzen. Deshalb schlägt die Kommission eine Harmonisierung der Regeln zur Zuschussfähigkeit in den verschiedenen EU-Fonds vor. Der Vorschlag sieht aber auch vor, den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit in den Verwaltungs- und Kontrollsystemen anzuwenden sowie eine breitere Nutzung der vereinfachten Abrechnungsmethoden zu gewährleisten.

Insbesondere für den ESF ist es elementar, eine Erhöhung der Höchstgrenzen für Pauschalzahlungen oder eine obligatorische vereinfachte Kostenerstattung für Projekte unterhalb von 50.000 € zu erreichen. Dies wird Verwaltungskosten senken, vor allem für kleine Projektträger, Unternehmen oder Nichtregierungsorganisationen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der ESF erbringt die besten Ergebnisse, wenn er Teil einer umfassenden Politik ist, in der er Hand in Hand mit den anderen Fonds zusammenarbeitet - jedoch - unter der Voraussetzung, dass seine Sichtbarkeit erhalten bleibt.

Dabei muss der ESF flexibel genug sein, um den Herausforderungen in **Deutschland** und den Bundesländern zu begegnen. Und er muss auch ausreichend konzentriert sein, sozusagen eine "kritische Masse" aufweisen, damit er zielgerichtet zur Beseitigung der identifizierten Schwächen in den Mitgliedstaaten eingesetzt werden kann.

Wir sollten deshalb in der verbleibenden Zeit der Förderperiode 2007 – 2013 die Anstrengungen bei der Umsetzung des ESF im Hinblick auf die Europa 2020 Strategie noch einmal verstärken, um den größtmöglichen Nutzen aus der Strukturfondsförderung hier in Rheinland-Pfalz zu erzielen.

Aber lassen sie mich auch hervorheben, dass hier in Rheinland-Pfalz in der jetzigen Förderperiode schon viel erreicht wurde. Dank des Engagements all der am ESF Beteiligten können sich die Ergebnisse sehen lassen. Beispielhaft möchte ich die Jobfüxe und Jugendscouts sowie die Qualifizierung von

Beschäftigten und Arbeitslosen nennen. Die positive Zwischenbilanz aus der Halbzeitevaluierung gilt es nun fortzusetzen.

Ich wünsche uns dabei weiterhin gute Zusammenarbeit und viel Erfolg und uns heute noch spannende Diskussionen und viele neue Anregungen für ein sozialeres Europa.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.